

## **Bericht**

### **des Eingabenausschusses**

Vorsitz: **Wolfhard Ploog**

Schriftführung: **Wilfried Buss**

1.

Der Eingabenausschuss hat in seiner Sitzung am 20. Mai 2008 über 15 Eingaben mit 17 Anliegen beraten. Vor Eintritt in die inhaltliche Beratung hat der Ausschuss Verschwiegenheit gemäß § 56 Absatz 4 Geschäftsordnung beschlossen.

Eine Übersicht über die einzelnen Eingaben ist diesem Bericht beigelegt.

Eingaben mit einem \* betreffen mehrere Anliegen.

Die Eingaben liegen zur Einsichtnahme für alle Abgeordneten in der Geschäftsstelle des Eingabenausschusses aus.

Alle Empfehlungen hat der Ausschuss einstimmig beschlossen.

2.

Im Falle der Eingabe Nr. 451/07, Rahmenplanung beziehungsweise Schienenanbindung, hatte die Bürgerschaft am 07.02.2008 (Bericht Drs. 18/7771) beschlossen, die Eingabe dem Senat als „Stoff für künftige Prüfung“ zu überweisen.

Nach Auffassung der Bürgerschaft sollte geprüft werden, wie der Rahmenplan zur Ortskernumgestaltung umgesetzt werden kann und wie die Planung zur Einführung einer Bustrasse in den Stadtteilen Bramfeld und Steilshoop vorangetrieben werden kann.

Der Senat teilt dazu Folgendes mit:

„1. Umgestaltung des Bereichs zwischen Herthastraße, Bramfelder Chaussee und dem Bramfelder Dorfplatz

Derzeit wird ein Bauantrag einer Investorengruppe für die Errichtung eines Einkaufszentrums an der Ecke Bramfelder Chaussee/Herthastraße in enger Abstimmung mit dem Bezirksamt Wandsbek erstellt. Es ist vorgesehen, dass noch in diesem Jahr mit dem Bau begonnen werden kann.

Darüber hinaus finden intensive Gespräche mit den betroffenen Grundstückseigentümern statt, um diese für eine Umgestaltung des alten Dorfkerns zu gewinnen.

2. Einführung einer Bustrasse

Das Bezirksamt Wandsbek als planführende Dienststelle hat die Vergabe der Planung für eine Bustrasse an ein Ingenieurbüro vorbereitet. Die Vergabe ist jedoch mit Blick auf die im Koalitionsvertrag vereinbarte Einführung einer Stadtbahn, die gerade auch die Stadtteile Bramfeld und Steilshoop schnell erschließen soll, zunächst zurückgestellt worden. Ein wichtiger Faktor für den Bau einer Stadtbahn wird danach die Gewährung von Zuschüssen des Bundes sein.“

*Der Eingabenausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, wie folgt zu beschließen:*

*1 Anliegen dem Senat „zur Berücksichtigung“ und*

*2 Anliegen dem Senat „zur Erwägung“ zu überweisen,*

*4 Anliegen für „erledigt“ und*

*10 Anliegen für „nicht abhilfefähig“ zu erklären.*

Wilfried Buss, Berichterstatter

**Anliegen, zu dem der Ausschuss empfiehlt, es dem Senat „zur Berücksichtigung“ zu überweisen:**

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
102/08	Aufhebung des Strafvollzugsgesetzes	Das Strafvollzugsgesetz sollte geändert werden

**Anliegen, zu denen der Ausschuss empfiehlt, sie dem Senat „zur Erwägung“ zu überweisen:**

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
126/08*	Studiengebühren bei Wartezeiten bei der Abschlussprüfung	Es sollte erwogen werden, eine Regelung zu treffen, wonach Studierende nicht der Studiengebührenpflicht unterliegen für den Zeitraum, über den sich ihre Abschlussprüfung aus von ihnen nicht zu vertretenden Gründen über mehrere Semester erstreckt
173/08*	Studiengebühren bei Wartezeiten bei der Abschlussprüfung	Es sollte erwogen werden, eine Regelung zu treffen, wonach Studierende nicht der Studiengebührenpflicht unterliegen für den Zeitraum, über den sich ihre Abschlussprüfung aus von ihnen nicht zu vertretenden Gründen über mehrere Semester erstreckt

**Anliegen, die der Ausschuss für "erledigt" zu erklären beantragt:**

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
33/08	Einschränkung des Computerkurses in der JVA Fuhlsbüttel	Die gewünschte Auskunft wird erteilt
74/08	Einschränkung des Computerkurses in der JVA Fuhlsbüttel	Die gewünschte Auskunft wird erteilt
126/08*	Studiengebührenbescheid	Dem Begehren wird entsprochen werden
173/08*	Studiengebührenbescheid	Dem Begehren wird entsprochen werden

**Anliegen, die der Ausschuss für "nicht abhilfefähig" zu erklären beantragt:**

Nr. der Eingabe	Gegenstand	Begründung
4/08	Änderung der Arbeitszeitverordnung für Beamte	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
68/08 bis 72/08	Verhinderung der geplanten Elbvertiefung	Dem Begehren kann nach Sachlage nicht entsprochen werden
172/08	Teilnahme an einem Deutschkurs, Zuweisung von Arbeit und Verhalten von Stationsbediensteten	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
195/08	Einstellung staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
210/08	Postkontrolle von Briefen der Bürgerschaft	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden
223/08	Bewilligung Drogentherapie, Verhängung von Disziplinarmaßnahmen und Verfolgung von Strafanzeigen	Dem Begehren kann nach Sach- und Rechtslage nicht entsprochen werden